

Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung im ländlichen Raum und ein leistungsfähiger öffentlicher Gesundheitsdienst sind wesentliche Elemente der Daseinsvorsorge

Die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages (SHLKT), der neben den elf Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten, die Landrätinnen und Landräte sowie weitere 39 Kreistagsmitglieder angehören, hat heute nach einem digitalen Austausch mit Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg die Bedeutung der kommunalen Gesundheitsinfrastrukturen betont.

Der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, **Landrat Reinhard Sager** (CDU), dankte der Landesregierung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Pandemiebewältigung: *„Dass Schleswig-Holstein vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen ist, ist vor allem dem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern der Kreise und Städte zu verdanken. Das Gesundheitsministerium steht immer an der Seite der kommunalen Behörden und die Kreise wissen die kollegiale Zusammenarbeit und Unterstützung – auch bei Differenzen im Einzelfall – sehr zu schätzen.“* Der konstruktive Austausch mit dem Gesundheitsminister stimme ihn zuversichtlich, dass man auch weitere im Gesundheitssektor anstehende Herausforderungen gemeinsam bewältigen werde. *„Neben der nachhaltigen Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes müssen wir uns den Krankenhäusern im Land zuwenden und eine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum sichern“.*

Die Bedeutung einer flächendeckenden Krankenhausversorgung betont **Ingo Degner** (SPD), stellvertretender Vorsitzender des SHLKT und Kreistagsabgeordneter im Kreis Schleswig-Flensburg, mit Blick auf einen einstimmigen Beschluss der Delegierten: *„Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben eindrucksvoll belegt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst im Allgemeinen und eine flächendeckende Krankenhausversorgung im Besonderen wichtige Elemente der Daseinsvorsorge sind.“* Die vor der Pandemie bundesweit geführte Strukturdebatte im Krankenhausbereich in Richtung einer stärkeren Zentralisierung und einer Reduzierung der Zahl der Kliniken könne dabei nicht die Antwort sein. *„Die Kreise in Schleswig-Holstein sehen es als notwendig an, mit öffentlichen Investitionsmitteln zunächst und vorrangig eine flächendeckende Krankenhausversorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen. An diesem Ziel haben sich zukünftige Investitionsentscheidungen auszurichten.“*

Dr. Sönke E. Schulz, Geschäftsführer des SHLKT, ergänzt: *„Das Land Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den vor der Pandemie begonnenen Diskussionsprozess über die Krankenhausstruktur und die Krankenhausfinanzierung ergebnisoffen wieder aufzunehmen. Ohne ein klares Zielbild für die Krankenhausstruktur in Schleswig-Holstein lassen sich Investitionsentscheidungen nicht treffen.“* Die Beratungen in den Gremien des Landkreistages hätten gezeigt, dass sich viele Kreistagsabgeordnete aktiv in diese Diskussion einbringen wollten, da sie unmittelbar mit den Sorgen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort konfrontiert würden.

Landrat Reinhard Sager ergänzt: *„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch im Lichte des aktuellen Geschehens Antworten darauf, wie stationäre Versorgung, zum Beispiel im Jahr 2030, aussieht. Eins dürfte dabei schon jetzt klar sein: Auch wenn sich die Kreise ihrer Verantwortung stellen, ohne eine Einbindung des Bundes in die Investitionsfinanzierung und ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement des Landes wird sich die Aufgabe nicht bewältigen lassen.“*

Abschließend äußerte **Reinhard Sager** mit Blick auf die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes deutliche Kritik an der Landesregierung. Im Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst hätten die Bundesländer und der Bund im vergangenen Jahr einen Stellenaufwuchs für die Gesundheitsämter vereinbart, ohne die Kommunen einzubinden und am Ende eine belastbare Finanzierung nur bis ins Jahr 2026 zugesagt. *„Wenn man nun von den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein die Schaffung von fast 50 unbefristeten Stellen noch im Jahr 2021 sowie von weiteren 100 Stellen bis zum Jahr 2023 fordert, ohne zu sagen, wie diese ab 2027 finanziert werden sollen, ist dies*

unredlich.“ Angesichts von Fachkräftemangel und Wettbewerb mit anderen Akteuren im Gesundheitsbereich ließe sich das erforderliche Personal ohnehin nur schwer finden. *„Ohne Planungssicherheit geht es nicht. Wir fordern die Landesregierung auf, zu den Ankündigungen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stehen und gemeinsam eine nachhaltige Stärkung in diesem wichtigen Aufgabenbereich auch umzusetzen.“* Schließlich hätten sich die Länder im Pakt gegenüber dem Bund verpflichtet, die Finanzierung des Personalaufwuchses über das Jahr 2026 hinaus zu verstetigen.

Das Land werde nicht müde, zu betonen, dass man keine konkreten Verpflichtungen für den Landeshaushalt ab 2027 eingehen könne. *„Aber genau dies verlangt man explizit von den Kreisen und Städten in Form der Schaffung unbefristeter Stellen. Eine faire Lastenteilung sieht anders aus!“*, so **Sager** abschließend.